

Thiel, Eberhard

Article — Digitized Version

Künftige Strukturen des Bundeshaushalts

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Thiel, Eberhard (1970) : Künftige Strukturen des Bundeshaushalts, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 5, pp. 315-319

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134122>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Künftige Strukturen des Bundeshaushalts

Dr. Eberhard Thiel, Hamburg

Die aktuelle Diskussion um die Finanzpolitik in der Bundesrepublik zeigt, daß der konjunkturelle Aspekt auch für die mehr mittelfristig ausgerichtete Finanzplanung nicht außer acht gelassen werden darf. Zur Verdeutlichung der Ziele und Mittel der Finanzpolitik genügt der — inzwischen vollzogene — Übergang von der einjährigen zur mittelfristigen Finanzplanung nicht. Vielmehr zeigt sich auch die Notwendigkeit einer kurzfristigen Publizierung der durch konjunkturpolitische Maßnahmen geänderten Einnahme-Ausgabe-Strukturen in den kommenden Jahren. Mit ihr könnten auch die positiven oder negativen Wirkungen der Konjunkturpolitik auf die Wachstumseffekte der Staatstätigkeit sichtbar gemacht werden.

Wachstumsrate 8,1 % pro Jahr

So zeigte erst der Abschluß des Bundeshaushalts 1969 (mit einem Volumen von 81,6 Mrd. DM gegenüber einem Soll von 82,6 Mrd. DM), daß die Ausgabensperre von 1,76 Mrd. DM und die Steuermehreinnahmen statt zur angenommenen Nettokreditaufnahme sogar zu Nettotilgungen in Höhe von 1,8 Mrd. DM führten. Die Auswirkungen auf die mittelfristigen Planungen wurden erst spät erkennbar. Auch der Entwurf für 1970 sah zunächst Ausgaben in Höhe von 91,43 Mrd. DM vor. Durch die verhängte Ausgabensperre in Höhe von 2,68 Mrd. DM verringert sich die Wachstumsrate auf 8,8 % und liegt damit unter der Zielprojektion für das Wachstum des Bruttosozialprodukts. Deshalb wird mit einem Verzicht auf Nettokreditaufnahmen gerechnet. Die beschlossene Konjunkturausgleichsrücklage (1,5 Mrd. DM) scheint bei der ersten Rate aus laufenden Einnahmen gedeckt worden zu sein; eine Finanzierung durch Ausgabenkürzungen ist noch in der Diskussion. Die vermutlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen auf die mittelfristigen Planungen sind aber noch nicht sichtbar gemacht worden.

Wenn hier trotzdem die Ansätze des Jahres 1969 mit den Strukturen von 1973 verglichen werden sollen, so wird dabei eine nachträgliche Verausgabung der 1970 evtl. fortfallenden Ausgaben unterstellt. Vernachlässigt man die Verschiebungen der jährlichen Volumina, so zeigt sich eine durchschnittliche jährliche Wachstumsrate der Bundesausgaben gegenüber 1969 von 8,1 %.

Mehr für Gesundheit und Bildung

Mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von 23 % sollen vor allem die Ausgaben für die Sparförderung und für Gesundheit, Sport und Erholung erheblich höher liegen. Auf der Skala der Zuwächse folgt dann der Aufgabenbereich „Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten“, dessen Ausgabenvolumen sich im Jahre 1973 gegenüber 1969 mehr als verdoppelt haben wird, wobei die höchste Zuwachsrate auf die Ausbildungsförderung, Studentenförderung und den Bau von Studentenwohnheimen entfällt. Für die Kernforschung und für die Welt-raumforschung erhöhen sich die Beträge um zwei Drittel des Volumens von 1969; die Aufwendungen für elektronische Datenverarbeitung werden sogar um mehr als das Dreifache steigen. Auch die Mittel für den Neu- und Ausbau von Hochschulen werden um ein Drittel zunehmen. — Mit erheblichem Abstand folgen die anderen Ausgabenbereiche, deren Zuwachsraten immer noch fast doppelt so hoch sind wie die der Gesamtausgaben des Bundes.

Eberhard Thiel, 37, Dr. rer. pol., leitet die Abteilung „Öffentliche Wirtschaft und Verkehr“ im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung—Hamburg.

Die Aufwendungen im Rahmen der Allgemeinen Finanzwirtschaft enthalten in erster Linie erhebliche Steigerungen der Mittel für Personalausbau und für die Verzinsung der Bundesschuld; außerdem sind hier noch einige Globalansätze enthalten. Die übrigen Ausgabenbereiche werden nach der zugrunde gelegten Zusammenfassung unterdurchschnittlich wachsen. Doch das gilt keineswegs für alle Einzelposten. So steigen die Aufwendungen für die Agrarpolitik durchschnittlich jährlich um 7,4 %. Die Aufwendungen für die Flurbereinigung, die ländliche Siedlung und auch für Wasserwirtschaft und Kulturbau werden aber unter dem Niveau von 1969 bleiben. Eine erhebliche Zunahme weisen dagegen die nationalen Ausgaben für Marktordnungen auf und die Beiträge der BRD zum europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds Landwirtschaft.

Die Ausgabensteigerung im Sozialbereich liegt demgegenüber unter dem durchschnittlichen Wachstum der gesamten Bundesausgaben. Die Aufwendungen für die Sozialversicherungen sollen insgesamt um 40 % steigen. Kindergeld und Kriegsopferversorgung sollen erheblich zunehmen. Bemerkenswert ist die angenommene Steigerung des Wohngeldes um 215 %; hier dürften sich wohl Annahmen über das künftige Mietenniveau widerspiegeln.

Im Aufgabenbereich der Wirtschaftsförderung werden die Werftindustrie, die Luftfahrttechnik, die regionale Wirtschaftsförderung, die Energiewirtschaft, insbesondere die Reaktorentwicklung und die Uranversorgung, besonders berücksichtigt, während die Aufwendungen für den Bergbau eine sinkende Tendenz zeigen.

Verkehr, Wohnungsbau und Verteidigung

Im Verkehrswesen insgesamt sind auch nur unterdurchschnittlich wachsende Aufwendungen vorgesehen. Die größten Beträge werden weiterhin für die Bundesautobahnen und die Bundesstraßen ausgegeben. Die Beträge für den kommunalen Straßenbau und – mit einer größeren Zuwachsrate – die Aufwendungen für Wasserstraßen und Häfen werden ebenfalls zunehmen. Die Zuschüsse für die Bundesbahn werden auf 3,4 Mrd. DM steigen, und die Zuschüsse und Darlehen für Verkehrswege des öffentlichen Personennahverkehrs in Verdichtungsräumen werden um fast ein Viertel aufgestockt werden.

Im Bereich Wohnungswesen und Raumordnung werden zwar die Bundesaufwendungen für die Förderung des Wohnungsbaues und des Wohnungswesens im Jahre 1973 unter dem Ansatz für das Jahr 1969 liegen, aber im Jahre 1972 noch einmal einen Höhepunkt erreichen. Bemerkenswert sind die Steigerungen der Aufwendungen für

Raumordnung und Landesplanung, die auf die zehnfache Höhe des Betrages von 1969, nämlich auf 170 Mill. DM, wachsen werden. Im Bereich der politischen Führung und der zentralen Verwaltung und der Finanzierung der auswärtigen Angelegenheiten, der nur geringe Steigerungsraten aufweist, fällt noch der Posten Entwicklungshilfe ins Gewicht, der im Jahre 1973 eine Höhe von 2,8 Mrd. DM erreichen soll. An vorletzter Stelle der nach diesem Schema gegliederten Aufgabenbereiche steht der Verteidigungssektor. Das Soll für das Jahr 1973 wird auf 23 Mrd. DM angewachsen sein, was einem Wachstum von 21 % gegenüber 37 % der gesamten Bundesaufwendungen entspricht; abnehmen werden dabei lediglich die Aufwendungen für die zivile Verteidigung.

Höherer Staatsanteil

Aus den unterschiedlichen jährlichen Zuwachsraten der einzelnen Aufgabenbereiche ergeben sich auch die Veränderungen in der Struktur des Bundeshaushaltes. Dabei fällt auf, daß jene Aufgabenbereiche, die sehr hohe Zuwachsraten aufweisen sollen, relativ kleine absolute Volumina auf sich vereinigen, so daß ihr Zuwachs nur zu recht geringen Veränderungen in der Rangordnung der einzelnen Bereiche führt. So wird die Sparförderung zwar ihren Anteil von 1,6 % an den Gesamtausgaben auf 2,7 % steigern und der Bereich Gesundheit und Sport von 0,1 % auf 0,2 %. Bemerkenswert bleibt dabei nur die strukturelle Verbesserung des Bereichs Bildung und Wissenschaft, dessen Anteil von 3,1 % auf 5 % ansteigen wird. Die absolut größten Ausgabenblöcke dagegen erfahren eine Verminderung in ihrer relativen Bedeutung. So werden die Aufwendungen im Sozialbereich um mehr als 1 %, in der Struktur auf 28,2 % der Gesamtausgaben absinken und der Verteidigungsbereich von 23,6 % auf 20,7 %. Der Posten Allgemeine Finanzwirtschaft wird zwar ansteigen; in ihm sind jedoch die globalen Mittelansätze enthalten, die das Bild verfälschen. Die Verkehrsausgaben werden von 11 % auf 10,3 % der Gesamtausgaben im Jahre 1973 zurückgehen. Das gilt auch für den Landwirtschaftsbereich sowie für Wohnungswesen und Raumordnung, die in ihrer Bedeutung leicht zurückgehen. Diese Verschiebungen in den Strukturen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß einzelne Ausgabe-posten in den hier genannten globalen Aufgabenbereichen die oben erwähnten – zum Teil in andere Richtungen deutende – Entwicklungen erfahren sollen. Insgesamt wird sich ein nur langsamer Strukturwandel abzeichnen, einerseits geprägt durch das relative Beharren schon langfristig in den Aufgabenbereich des Bundes fallender Ausgaben und andererseits durch das absolute und relative Wachstum bisher geringer aus-

gestatteter Bereiche. Einigen dieser Ausgaben kommt unter Wachstumsgesichtspunkten jedoch eine erhebliche Bedeutung zu.

Diese Bedeutung des Staates für das Wachstum einer Volkswirtschaft läßt sich sowohl an der durch ihn beeinflussten Veränderung der Nachfrage als auch des Angebotes ablesen. Sein Beitrag zur Auslastung der Produktionskapazitäten und seine Rolle als Quasi-Produktionsfaktor beeinflussen direkt und indirekt das Investitions- und Verbrauchsverhalten des privaten Sektors. Gemäß den Zielprojektionen der Bundesregierung soll das Bruttosozialprodukt in den Jahren von 1969 bis 1973 um durchschnittlich 6,8% zunehmen, wobei die reale Komponente zwischen 4% und 4½% liegen soll. Nach den Erfahrungen des Jahres 1970 scheint diese Vorausschätzung etwas zu niedrig zu sein. Es kann hier jedoch nicht weiter diskutiert werden, welche Rangordnung zwischen realem Wachstum und Stabilität des Preisniveaus tatsächlich in den nächsten Jahren eingehalten werden kann und mit welchem Erfolg die finanzpolitischen Instrumente tatsächlich eingesetzt werden. Das im Stabilitätsgesetz vorgegebene Zielschema und die dort angebotenen Instrumente lassen einen weiten Spielraum für die jeweilige Entscheidung. Im Vergleich zu dem Wachstum des Bruttosozialproduktes nehmen sich die projizierten Zuwächse des staatlichen Sektors mit 7½% recht hoch aus. Die mittelfristige Finanzplanung weist sicherlich mit Recht darauf hin, daß die gesamtwirtschaftlichen Entwicklungstendenzen einen höheren Staatsanteil notwendig machen, um die wirtschaftlichen und sozialen Infrastrukturmaßnahmen wachstumsgerecht durchführen zu können. Dadurch würde in vielen Fällen die Angebotsseite direkt positiv beeinflusst werden. Aber auch für die Gestaltung der künftigen Nachfragestruktur wird in dem höheren Staatsanteil ein Vorteil gesehen. Da gleichzeitig eine Abnahme des Anteils des Außenbeitrags am Bruttosozialprodukt für die Zeit bis 1973/74 angestrebt wird, soll mit Hilfe des höheren Staatsanteils eine stärkere Auslastung der Produktionskapazität durch inländische Nachfrage erreicht werden. Es ist jedoch kaum anzunehmen, daß sich im mittelfristigen Rahmen beide Nachfragearten gütermäßig vergleichen lassen. Sicherlich liegt hier eine wichtige Aufgabe für die Strukturpolitik des Staates, die aber bestimmte Vorstellungen voraussetzt über die in der BRD anzustrebende Wirtschaftsstruktur, die außerdem

die enger werdende Verflechtung im EWG-Raum zu berücksichtigen hätte.

Nachfrageseite kein Engpaß

Im Rahmen dieses wachsenden Staatsanteils sollen die Sozialversicherungsträger unterproportional zunehmen, während der Bund mit durchschnittlichen Jahresraten von 8,1% seine Ausgaben überproportional steigern soll. Insgesamt läßt sich feststellen, daß zumindest von der Nachfrageseite her in der Ausdehnung des Staatssektors dem gesamtwirtschaftlichen Wachstum kein Hindernis erwachsen sollte. Unter dem Aspekt der Leistungsabgaben wird der erhöhte Bundesanteil besonders mit den zunehmenden Ausgaben im Agrarsektor und mit Belastungen im Verteidigungssektor begründet. Wenn diese Ausgaben auch 1970 stark ansteigen, so dürfte diese Begründung mittelfristig nicht zu halten sein, da beide Bereiche 1973 gegenüber 1969 einen verminderten Anteil an den gesamten Bundesausgaben hinnehmen müssen. Dabei ist zuzugeben, daß gerade diese beiden Bereiche auch in den letzten Jahren kaum exakt zu projizieren waren. Entsprechend der wachstumspolitischen Zielsetzung scheint die Begründung interessanter zu sein, die sich darauf stützt, daß die zunehmenden quantitativen und qualitativen Anforderungen an den Staatssektor gerade beim Bund hohe Zuwachsraten erfordern.

Wachstumsförderung . . .

Die in der mittelfristigen Finanzplanung ausgewiesene Gruppierung der Bundesausgaben in laufende und Investitionsausgaben gestattet in dieser Hinsicht einen ersten Überblick. Dabei zeigt sich, daß die laufenden Ausgaben insgesamt eine leicht abnehmende Tendenz haben. Während sie 1969 noch 85,5% ausmachten, sollen sie 1973 nur noch 83,8% ausmachen, wobei alle Elemente mit Ausnahme der Zinsen und besonders der Personalausgaben 1973 einen geringeren Anteil an den Gesamtausgaben haben sollen. Diesem rückläufigen Anteil der laufenden Ausgaben steht ein zunächst leicht ansteigender, ab 1972 aber abfallender Anteil der Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderung gegenüber. Eine dritte Kategorie, die globale Mehrausgaben umfaßt, ist dieser Gruppierung nicht eindeutig zugeordnet worden. Obgleich in einer weiteren Übersicht die 2 Mrd. DM globaler Mehrausgaben im Jahre 1973

VEREINSBANK IN HAMBURG

Zentrale: Hamburg 11 · Alter Wall 20-30 · Telefon 36 10 61

58 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

vollkommen den laufenden Ausgaben zugerechnet wurden, muß zumindest mit einem Teil dieser Mehrausgaben auch im Investitionsbereich gerechnet werden. Insoweit erlaubt diese Zusammenstellung kaum einen echten Hinweis auf den künftigen Investitionsanteil. Außerdem ist die Problematik nicht zu übersehen, die in einer Beurteilung der Wachstumsrelevanz der Bundesausgaben anhand dieser Unterteilung in Ausgabearten liegt. Dem Kommentar zur mittelfristigen Finanzplanung ist recht zu geben, daß keineswegs nur die Ausgaben für Investitionen und Investitionsförderung wachstumsfördernden Charakter haben; ein großer Teil der laufenden Ausgaben ist erforderlich, um Investitionen überhaupt zu ermöglichen und sie später effektiv werden zu lassen. Daraus darf aber nicht gefolgert werden, daß in gleicher Weise alle Staatsausgaben wachstumsfördernd sind. Vielmehr ist es wichtig, die einzelnen Ausgabearten in ihrer Verbindung zu den Aufgabenbereichen zu sehen. Die vorliegenden Statistiken sind für diesen Zweck noch keineswegs optimal aufgeteilt, sie erlauben aber dennoch erste Hinweise.

... durch Investitionen

Bei einer Analyse der Investitionen zeigt sich, daß hohe Zuwachsraten bei den Aufwendungen für wissenschaftliche Hochschulen auftreten, die über die Gebietskörperschaften geleitet werden. Auch die Investitionen für Forschungen außerhalb der Hochschule weisen erhebliche Zuwächse auf, die als Darlehen und Zuweisungen an Nicht-Gebietskörperschaften fließen, genau wie die Investitionsausgaben im Bereich Gesundheit, Sport und Erholung. Im Rahmen des Wohnungsbaues und der Raumordnung fließen die steigenden Investitionen hauptsächlich in Form von Zuweisungen an die Gebietskörperschaften, ebenfalls für die kommunalen Gemeinschaftsdienste. Die Investitionsaufwendungen für Flurbereinigung und Siedlung, Wasserwirtschaft und Kulturbau gehen leicht zurück, im Bereich der Kernenergieforschung nehmen sie dagegen zu. Im Sektor der regionalen Wirtschaftsförderung, des Bergbaues und des verarbeitenden Gewerbes fließen steigende Zuwendungen in Form von Darlehen und Zuschüssen an Dritte. Die höchsten Investitionssummen fließen jedoch in den Straßenbau, und zwar mit steigenden Beträgen, die zum größten Teil vom Bund selber verausgabt werden.

Insgesamt werden die Investitionsausgaben (ohne Berücksichtigung der Globalansätze) zwischen 1969 und 1973 um 32% zunehmen, wobei die Sachinvestitionen des Bundes am stärksten steigen sollen. Sie sollen auf 5,8 Mrd. DM steigen, wovon 78% auf den Straßenbau entfallen. Von den 5,6 Mrd. DM, die an die Gebietskörperschaften gehen, werden die Zahlungen für den Verkehr um

ein Drittel und für Bildung und Forschung um ein Viertel steigen, für Wohnungswesen und Raumordnung sollen sie fast verdoppelt werden.

Bei den laufenden Ausgaben wird der Anteil der Personalausgaben 1973 mit 20% den gleichen Anteil haben wie 1969. Der stärkste Anstieg der laufenden Ausgaben findet sich im Bereich Bildung und Forschung. Hohe laufende Ausgaben fallen im Bereich Verteidigung an und als Transfers im Agrarsektor und im Sozialbereich.

Bedeutende Gemeinschaftsaufgaben

Nachdem die Veränderungen der Ausgabenstruktur unter verschiedenen Aspekten betrachtet wurden, läßt sich feststellen, daß das Wachstum der Gesamtwirtschaft durch die projizierte höhere Zunahme der Bundesausgaben gegenüber dem Bruttosozialprodukt von der Nachfrageseite her sicherlich nicht negativ beeinflußt werden dürfte. Unter dem Gesichtspunkt des Angebotes bleibt festzuhalten, daß die drei großen Ausgabenbereiche Sozialwesen, Verteidigung und Verkehr ihre Bedeutung – wenn auch mit geringen relativen Verminderungen – beibehalten werden; die starke Forcierung des Straßenbaues und die steigenden Aufwendungen für Raumordnung sind hier besonders interessant. Bemerkenswert sind besonders die hohen positiven Zuwachsraten der Investitionen in relativ kleinen Aufgabenbereichen, wie bei Bildung und Forschung, Sport und Gesundheit und auch bei den laufenden Ausgaben im Bildungs- und Forschungsbereich. Auch die Transfers im Agrarbereich und die Sparförderungsmaßnahmen sind wachstumsrelevant. – Das starke Vordringen der Ausgaben im Bildungs- und Forschungsbereich wird sicherlich positive Wachstumseffekte haben, ebenso im Gesundheitswesen. Hierbei und im Bereich der Raumordnung machen sich schon die Gemeinschaftsaufgaben bemerkbar, die der Wachstumspolitik neue Chancen eröffnen.

Positiver Einfluß auf das Wachstum

Die Sparförderungs politik ist besonders unter dem Nebenziel der Vermögensstreuung und Vermögensbildung zu beurteilen, während bei den Ausgaben im Agrarsektor neben Struktureffekten bestimmte sozialpolitische Komponenten mitspielen. Insgesamt ist wohl mit einem positiven Wachstumseinfluß zu rechnen, dessen Ausmaß jedoch eher von zunehmender Koordinierung mit anderen Gebietskörperschaften und von der Bildung gesamtwirtschaftlicher Zielsysteme abhängt als von isoliert steigenden Aufwendungen in generell als wachstumsfördernd angesehenen Sektoren. So werden z. B. die hohen Ausgaben für den Straßenbau in Zukunft generelle Probleme der Regional- und Branchenstruktur aufwerfen und können unter

Wachstumsgesichtspunkten nicht mehr isoliert unter dem Ziel der Förderung des individuellen Güter- und Personenverkehrs gesehen werden. Hier gilt es, besonders für die Verdichtungsgebiete, neue Zielstrukturen vor dem Hintergrund der EWG zu konkretisieren. Auch für den Agrarsektor und für den Bereich Bildung und Forschung dürfen relative und absolute Steigerungen der Ausgaben nicht darüber hinwegtäuschen, daß koordinierte Zielstrukturen noch keineswegs befriedigend erarbeitet wurden.

Unsichere Einnahmen

Abschließend soll noch auf die Planung der Bundeseinnahmen verwiesen werden. Ein Blick auf die Steuerschätzungen zeigt, daß die Zuwachsrate für das Jahr 1970 mehr als doppelt so hoch angenommen wurde wie die Zuwachsraten der nächsten drei Jahre. Unter Einbeziehung dieser Schätzung für das Jahr 1970 ergibt sich eine durchschnittliche Zuwachsrate pro Jahr von 7,4%, wogegen für die Jahre 1971–1973 nur eine durchschnittliche jährliche Zunahme von 5,2% angenommen wurde. Ein Vergleich mit den Schätzungen für das Bruttosozialprodukt zeigt, daß bei Einbeziehung der hohen Rate des Jahres 1970 eine Zunahme der relativen Steuerbelastung durch den Bund zu erwarten ist. Die Steuereinnahmeschätzungen der nächsten drei Jahre scheinen aber äußerst pessimistisch zu sein, da die Steuerzahlungen mit einem erheblichen Lag hinter dem gegenwärtig hohen Wachstum des Bruttosozialproduktes einherzugehen pflegen.

Negative Folgen für das Wirtschaftswachstum lassen sich hieraus nicht ohne weiteres ableiten; das gilt besonders, wenn auf eine wachstumsfördernde Gestaltung der Ausgabenseite Wert gelegt wird. – Das verminderte Steuerwachstum in den letzten drei Jahren des Planungszeitraums führte in der Rechnung zu einem exorbitant hohen

Wachstum der Nettokreditaufnahmen. Während für 1970 noch 2,7 Mrd. DM angenommen wurden, die aufgrund der Konjunktursperre wohl nicht in Anspruch genommen werden, ist für das Jahr 1973 ein Betrag von 8,2 Mrd. DM eingesetzt worden. Bei korrekter Ausgabenschätzung würde das bei Berücksichtigung der eben vorgenommenen Kritik an den Einnahmeschätzungen sicherlich ein zu hoher Betrag sein. Außerdem ist gerade die Nettokreditaufnahme ein wirksames Instrument der Konjunktursteuerung seitens der öffentlichen Hand, obgleich sie meistens eher eine Resultante der übrigen Staatsaktivität ist und nicht so sehr als mittelfristige Zielgröße im Vordergrund stehen dürfte.

Mehr Flexibilität und bessere Koordinierung

Eine größere Flexibilität der Planung wird ein Hauptanliegen der Zukunft sein müssen. Dazu gehört auch die eingangs geforderte kurzfristige Revision der Ausgabenplanungen unter dem Einfluß konjunkturpolitischer Maßnahmen; denn der mittelfristige Trend der Staatstätigkeit ist nur dann von Interesse, wenn die Auswirkungen von neuen Maßnahmen im Basisjahr auf die künftige Struktur möglichst schnell transparent werden. Das gleiche gilt für die Einnahmenseite. Abschließend sei auf das noch immer nicht befriedigend gelöste Problem der koordinierten Planung zwischen den Gebietskörperschaften verwiesen. Die Schaffung der Gemeinschaftsaufgaben mit ihren wachstumsrelevanten Objekten könnte ein Kristallisationspunkt sein für ständige koordinierte Planrevisionen. Dabei könnten auch Friktionsverluste aufgefangen werden, die z. B. durch Unklarheiten über die künftigen Steueranteile von Bund und Ländern entstehen könnten; denn es ist wohl eine Illusion anzunehmen, daß die durch die jüngsten Finanzreformgesetze geschaffene Steuerverteilung in einer dynamischen Volkswirtschaft auch nur mittelfristig von Bestand sein könnte.



Aufmerksamkeit setzt geistige Beweglichkeit voraus. Für den Geschäftsmann bedeutet das vor allem, immerfort neue Ideen zu haben und systematisch auszuwerten. Zu seinen Informationsquellen sollte auch das umfassende Erfahrungswissen einer Großbank zählen. Bei allen Ihren Dispositionen können Sie jederzeit auf unseren Kundendienst zurückgreifen.



COMMERZBANK
... eine Bank, die ihre Kunden kennt